

Edgar Zehnder
Grossstadtrat SVP
Breitenaustrasse 150
8200 Schaffhausen

Schaffhausen, 9. Mai 2006

An den Präsidenten
des Grossen Stadtrates
Herrn Paul Bösch
8200 Schaffhausen

Sehr geehrter Herr Präsident

Die Unterzeichnenden bitten Sie höflich, nachstehende Motion auf die Traktandenliste des Grossen Stadtrates zu setzen:

✓ **Motion:**

Massnahme gegen den Missbrauch von Sozialhilfe

Wie viele andere Städte verzeichnet auch Schaffhausen sehr hohe Sozialhilfe-Ausgaben.

Sozialhilmisbrauch ist ein Thema, welches aktuell in der Bevölkerung diskutiert wird.

Menschen, die unberechtigterweise keiner Tätigkeit nachgehen müssen oder können und Leistungen von der öffentlichen Hand beziehen, verärgern viele.

Die Diskussionen sind geprägt von Vorurteilen und Unwissen. Konkrete Zahlen zum Ausmass des Sozialhilmisbrauchs fehlen weitgehend.

Die Praxis rechnet mit einer Missbrauchquote von 1 bis 5 %. Dieser geringe Anteil an schwarzen Schafen verursacht jedoch, neben hohen Kosten für unsere Stadt, grossen gesellschaftlichen und politischen Schaden.

Es entsteht der Eindruck, das gesamte System sei krank. Dabei sind es ein paar Wenige, die ein gut funktionierendes soziales Netz in Verruf bringen können.

Motion:

Der Stadtrat wird eingeladen, ein Konzept zur Bekämpfung von Sozialhilmisbrauch auszuarbeiten, welches erlaubt, bei einem konkreten Verdacht auf unrechtmässige Bezüge entsprechende Abklärungen, allenfalls unter Einbezug von verdeckten Ermittlern, zu tätigen. Es soll nur dann ein Eingriff in die Privatsphäre der Sozialhilfebezüger stattfinden, wenn begründete Hinweise auf einen Missbrauch bestehen. Generelle Überwachungen und Schnüffeleien sind ausgeschlossen. Neben der Aufdeckung von Verstössen, die unter Wahrung eines angemessenen Kostenaufwandes zu erfolgen haben, ist in das auszuarbeitende Kontrollsystem auch die konsequente Ahndung von ungerechtfertigten Bezügen von Sozialhilfeleistungen einzubeziehen.

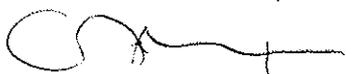
Das Konzept soll in einer ersten Versuchsphase von fünf Jahren aufzeigen, inwiefern unter Mithilfe einer von der Sozialbehörde unabhängigen Stelle, Sozialmissbrauch bekämpft werden kann. Nach dieser Probezeit soll über eine definitive Weiterarbeit entschieden werden.

Zur Zeit sind in verschiedenen Städten zu diesem Thema Versuchsphasen angelaufen.

In den Städten Olten, Grenchen und Emmen sind bereits erste Erfahrungen und Erfolge vorhanden. Der NZZ vom 3. Mai 2006 konnte unter dem Titel "Die Sozialbehörde fordert verdeckte Ermittler" entnommen werden, dass die Sozialbehörde der Stadt Zürich verdeckte Ermittler einsetzen will, um den missbräuchlichen Bezug von Sozialhilfegeldern zu bekämpfen. Das Sozialdepartement der Stadt Zürich wurde beauftragt, eine entsprechende Vorlage auszuarbeiten!

Ziel der Massnahme soll sein, dass unsere Sozialhilfe gerecht und sinnvoll eingesetzt werden kann.

Die Motionärinnen und Motionäre:



DEC freisig

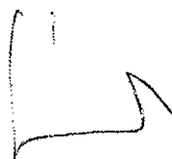


E. Spengler



I. Kobler-Wal

B. Jürgens



C. Stamm-Huber

